

**„Miesbacher Erklärung“ zum 1. Mai 2007:
Für Gerechtigkeit und Demokratie - Zu den Aufgaben von Gewerkschaften und SPD**

I.

SPD-Grundsatzprogramm („Berliner Programm“):

„Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Demokratie. Mit ihnen verbinden uns gemeinsame Geschichte und gemeinsame Ziele. Sie bestimmen ihre Aufgaben selbst. Ihre freie Betätigung ist für uns unantastbar. Wo immer Arbeitnehmerinteressen berührt sind, sollen die Gewerkschaften an gesellschaftlichen und politischen Aufgaben mitwirken. Wir respektieren ihre parteipolitische Unabhängigkeit.“

Wir unterstützen gewerkschaftliche Forderungen nach rechtem Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit, nach Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen und nach aktiver Teilhabe am sozialen Leben. Wir zählen auf sie bei der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Einheitsgewerkschaft, aus bitterer Erfahrung gewachsen, bejahen und verteidigen wir als eine der wichtigsten Errungenschaften der Bundesrepublik.

Tarifautonomie ist ein zentraler Bestandteil der Demokratie. Wir werden sie gegen jeden Angriff verteidigen. Tarifverträge, die die Rechtsstellung der einzelnen Arbeitnehmer sichern und stärken, erfordern starke streikfähige Gewerkschaften. Organisationsfreiheit und Streikrecht sind unverzichtbar.

Sozialdemokratische Arbeitnehmer in Betrieb und Verwaltung sind aufgefordert, die gewerkschaftliche Arbeit aktiv mitzugestalten.“

DGB-Grundsatzprogramm („Die Zukunft gestalten“):

„Gewerkschaften sind aber auch gesellschaftliche Organisationen mit einem übergreifenden Gestaltungsauftrag, den sie mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Kräften umsetzen...“

Aus der Geschichte wissen wir: Freie Gewerkschaften und Demokratie bedingen einander...

Wir fordern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, die Gewerkschaften zu stärken und an der Verwirklichung unserer Ziele mitzuwirken. Wir laden alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich an den Grundwerten von Demokratie und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit orientieren, zur Zusammenarbeit ein. So erhalten und erweitern wir unsere Kraft zur Mitgestaltung und Reform der Gesellschaft.“

SPD und Gewerkschaften sind sich ihrer gemeinsamen Geschichte und – bei gegenseitiger Anerkennung von Eigenständigkeit und unterschiedlichen Aufgabenstellungen – ihrer gemeinsamen Ziele bewusst: Freiheit, Demokratie und eine gerechte Gesellschaft lassen sich nur mit einer starken SPD und starken Gewerkschaften erreichen und ausbauen.

Die bitteren Erfahrungen aus dem Aufkommen und der Herrschaft des deutschen Faschismus haben zur Gründung der Einheitsgewerkschaft geführt, die berufsständische und parteipolitisch ausgerichtete Organisationen überwunden hat. Wir widersetzen uns mit aller Entschiedenheit allen Versuchen parteipolitischer Vereinnahmung der Einheitsgewerkschaft und warnen vor neuen Versuchen zur Organisation und Durchsetzung berufsständischer Sonderinteressen zulasten der Gesamtheit der ArbeitnehmerInnen.

II.

Schon lange bevor die Neoliberalen die „Globalisierung“ als Instrument zur Durchsetzung schrankenloser Kapitalinteressen entdeckt haben, haben Gewerkschaften und Sozialdemokratie mit ihrem international ausgerichteten Politikansatz für Frieden und weltweite Arbeitnehmerrechte gekämpft. Der 1. Mai war und ist der manifeste Ausdruck dieser Erkenntnis, deretwegen SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen jahrzehntelang verfolgt, bekämpft und geächtet wurden.

Internationaler Wettbewerb und demografischer Wandel werden heute benutzt, um politische Gestaltungsmöglichkeiten einzuschränken, demokratische Entscheidungen zu präjudizieren, Arbeitnehmerrechte einzuschränken, den Sozialstaat abzubauen und Lohn- und Steuerdumping zu rechtfertigen. Sowohl die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie sahen sich gezwungen durch tarifpolitische Zugeständnisse bzw. so genannte Reformen im Zuge der „Agenda 2010“ diesem sich in neoliberalen Ideologien verdichtenden Druck nachzugeben. Leider haben viele SozialdemokratInnen dies nicht als Ausdruck von Machtverhältnissen und ideologischen Offensiven verstanden, sondern als vermeintlichen Sachzwang zum Bestandteil ihres Selbstverständnisses gemacht.

Die Politik der Anpassung an diese Ideologie ist jedoch an der Realität gescheitert.

III.

Zu geringe Inlandsnachfrage aufgrund fehlender privater Kaufkraft und stagnierende öffentliche Ausgaben, insbesondere im investiven Bereich, haben die deutsche Wirtschaft in ihrem Wachstum gebremst und die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau gehalten. Die deutlich gestiegenen und weiter steigenden Exporte konnten diesen Trend nicht ausgleichen. Gleichzeitig fand eine enorme Einkommens- und Vermögensspreizung statt: Die Armen wurden ärmer und mehr, die Reichen umso reicher. Soziale Leistungen, ob im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der Rente und des Gesundheitssystems wurden gekürzt oder zulasten der Arbeitnehmer privatisiert und umfinanziert.

In den Jahren 2000 bis 2005 ist das Volkseinkommen um 10 Prozent gestiegen, die Arbeitnehmerentgelte aber nur um 2,6 Prozent. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wuchsen um knapp 31 Prozent. Die deutsche Volkswirtschaft ist im internationalen Wettbewerb höchst erfolgreich und keineswegs von Mangelerscheinungen geprägt. Sie setzt ihrem Wachstum durch falsche Verteilung und staatliche Kürzungspolitik selbst Schranken. Im internationalen Vergleich haben die Staaten, die mehr öffentliche Investitionen getätigt haben und eine positivere Entwicklung von Löhnen und Binnenkaufkraft aufweisen, höhere Wachstums- und Beschäftigungsquoten erreicht.

In Übereinstimmung mit wirtschaftlicher Vernunft wünscht eine Drei-Viertel-Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland geringere soziale Unterschiede. Noch nie hat es in der Bundesrepublik Deutschland eine solche Diskrepanz zwischen den selbsternannten Eliten und ihren medialen Verstärkern und der Mehrheit der Bevölkerung in allen zentralen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegeben.

Dies gefährdet die Glaubwürdigkeit von Staat und Demokratie. Gewerkschaften und Sozialdemokratie betrachten es dagegen als ihre Aufgabe, den Mehrheitswillen der Bevölkerung gesellschaftlich und politisch durchzusetzen, anstatt mit pseudowissenschaftlich begründeten Schlagworten wie Globalisierung und Demografischen Wandel die Menschen von der angeblichen Alternativlosigkeit des herrschenden Politikansatzes zu überzeugen.

Der derzeitige Aufschwung resultiert aus dem Anstieg der privaten und öffentlichen Investitionen bei gleichzeitiger Fortsetzung des Exportbooms. Die von der Bundesregierung gesetzten Impulse zur Konjunkturbelebung und Stärkung der öffentlichen Investitionen haben, verbunden mit einer deutlichen Korrektur der Haushaltspolitik, zur Trendwende wesentlich beigetragen.

Einmal mehr wurde der Beweis erbracht, dass sich der Staat aus der Verschuldung nur herauswachsen und nicht heraussparen kann. Entgegen den Forderungen neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitgeberverbände unterblieben Eingriffe in die Arbeitnehmerrechte, in die Tarifautonomie und die Betriebsverfassung sowie erneute Rosskuren in den öffentlichen Haushalten.

IV.

Der Aufschwung wird nur stabil bleiben, wenn der Staat seinen Kurs für Zukunftsinvestitionen und gezielte soziale Hilfen in die Bereiche Qualifizierung, Kinderbetreuung, Bildung und Arbeitsmarkt fortsetzt und verstärkt. Gleichzeitig müssen die Löhne und Gehälter deutlich steigen, um die private Nachfrage zu steigern und die ArbeitnehmerInnen am Aufschwung angemessen zu beteiligen. Dazu muss auch die Durchsetzung Existenz sichernder Mindestlöhne beitragen.

Dem Umbau des Gesundheitssystems, dem Absinken des Rentenniveaus, dem immer schwächeren Schutz gegen Arbeitslosigkeit und der Aushöhlung von Tarifverträgen und Tarifautonomie muss entgegengewirkt werden. Reformen müssen für mehr Gerechtigkeit, mehr qualitatives Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen. Der Aufschwung darf nicht nur in den Konzernbilanzen und Managergehältern sowie bei Minijobs und Leiharbeit stattfinden.

Wir fordern daher

- ein Tariftreuegesetz bei öffentlichen Vergaben,
- keine weiteren Privatisierungen, weder im Sozialsystem, noch bei kommunalen Dienstleistungen noch beim größten noch vorhandenen Bundeseigentum, nämlich der Deutschen Bahn, sondern eine Offensive für bessere, modernere und erweiterte öffentliche Dienstleistungen,
- einen angemessenen gesetzlichen Mindestlohn,
- ein Ende des internationalen Steuersenkungswettbewerbs bei Spitzenverdienenden, Kapital- und Unternehmenssteuern, d.h. aktuell vor allem: deutliche Korrekturen bei der derzeit geplanten Unternehmenssteuerreform 2008, eine angemessene und wirksame Erbschaftssteuer bei großen Vermögen, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer auf große Vermögen, weil nur so wichtige Zukunftsaufgaben finanziert werden können und Steuer- und Beitragsbelastungen der ArbeitnehmerInnen begrenzt und gesenkt werden können;
- den Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die nachhaltige Verbesserung der Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder,
- die Bürgerversicherung bei Gesundheit, Pflege und Rente
- eine humane und gerechte Reform der Pflegeversicherung
- wirksame Kontrollen für die internationalen Finanzmärkte, damit nicht kurzfristige Kapitalanlagen immer mehr die Unternehmen in Deutschland dominieren.

V.

Klar erkennbare Mehrheiten in Meinungsumfragen genügen jedoch nicht, um Ziele erreichen zu können. Es bedarf zivilgesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Handelns auf allen Ebenen – in Betrieb, Kommune, Bund, Land und Europa.

Wir appellieren – gerade im Hinblick auf die politische Situation in Bayern – an alle ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen, sich nicht durch die CSU spalten zu lassen. Wir erinnern daran, dass es die derzeitige Mehrheitspartei in Bayern ist, die die ungerechteste Steuerpolitik, die Sonderinteressen der Konzerne der privaten Kranken- und Altersversicherung vertritt, Mindestlöhne bekämpft, ein Desaster in der Kinderbetreuungs- und Bildungspolitik zu vertreten hat und in der Wirtschaftspolitik ein unverantwortliches Hin und Her zwischen brutalst-möglichem Sparen und milliardenschweren Ausgabenprogrammen betreibt.

Wir fordern die ArbeitnehmerInnen auf, die gewerkschaftlichen Positionen in den anstehenden Tarifaueinandersetzungen durch aktives Handeln zu unterstützen. Wir fordern ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen auf, sich auch politisch in Parteien zu engagieren, für Funktionen und

Mandate zu kandidieren, beispielsweise auch bei den bevorstehenden Kommunalwahlen. Politische Mandate und gewerkschaftliche Positionen sind vereinbar, ja auch in Verbindung dringend notwendig, auch wenn im Tagesgeschäft Rollenkonflikte entstehen können. Die Gewerkschaften unterstützen weiterhin gezielt jene PolitikerInnen und Parteien, die Arbeitnehmerinteressen in den Parlamenten vertreten.

Wir erwarten von den SozialdemokratInnen in der Großen Koalition, wichtige Vorhaben wie den Mindestlohn nicht auf kommende Wahlkämpfe zu verschieben, sondern bereits jetzt die notwendigen Schritte durchzusetzen.

Wirksame Politik in diesem Sinne können, wollen und sollen Gewerkschaften und Sozialdemokratie nur gemeinsam gestalten. Wir fordern die SPD daher auch dazu auf, ihr neues Grundsatzprogramm an den genannten Positionen und ihrem historischen und ökonomischen Hintergrund zu orientieren. Der aktuelle „Bremer Entwurf“ wird diesen Ansprüchen bei weitem nicht gerecht und fällt auch in seinen Aussagen zu den Gewerkschaften weit hinter das geltende Berliner Programm zurück. Deshalb setzen wir uns für einen grundlegenden anderen Ansatz, der auch dem Mehrheitswillen der Mitglieder entspricht, ein.

Erstunterzeichner:

Vorname Name	Funktion
Klaus Barthel	MdB Stellvertretender Vorsitzender der baye- rischen Landesgruppe in der SPD- Bundestagsfraktion
Ewald Schurer	MdB Vorsitzender der SPD Oberbayern
Fritz Schösser	Vorsitzender des DGB Bayern
und viele anderen Gewerkschafter und Sozialdemo- kraten	